

**DIE LINKE.**

Kreistagsfraktion im Landkreis Kassel

Herrn  
Kreistagsvorsitzenden  
Andreas Güttler  
Wilhelmshöher Allee 19 – 21

Dr. Christian Knoche  
Markt 4  
34369 Hofgeismar  
Telefon: 05671 - 5541  
Telefax: 05671 -40278

34117 Kassel

Hofgeismar, den 22.07.2016

Vorab per Telefax: 0561- 1003 – 1530

**Antrag zur nächsten Kreistagssitzung am 12.09.2016  
Position des Landkreises Kassel zu den  
Freihandelsabkommen CETA; TTIP und TiSA**

**Beschlußvorschlag:**

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel spricht sich dafür aus, dass die kommunale Daseinsvorsorge im Landkreis Kassel, insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche Abfall, ÖPNV, Jugend- und Freizeiteinrichtungen, Kreiskliniken, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im kulturellen Bereich von den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen und allen weiteren Handelsabkommen explizit ausgeschlossen werden und dass das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht des Landkreises Kassel uneingeschränkt gewahrt bleibt.
2. Der politische Gestaltungswille darf hinsichtlich des öffentlich-rechtlichen Beschaffungswesens nicht stärker eingeschränkt werden, als es nationale Regelungen und das europäische Vergabe- und Konzessionsrecht bereits heute vorsehen.
3. Wegen der Intransparenz der bisherigen Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen fordert der Kreistag des Landkreises Kassel einen vollständigen öffentlichen Einblick in alle Verhandlungsdokumente sowie die Einbeziehung von allen Abgeordneten aller politischen Ebenen und der kommunalen Spitzenverbände in die Verhandlungen über TTIP, CETA und TiSA.

4. Sonderklagerechte für Unternehmen gegen demokratisch zustande gekommene Gesetze sowie gegen kommunale Regelungen und Beschlüsse des Kreistages, die vor privaten Schiedsgerichten oder speziellen Investitionsgerichtshöfen verhandelt werden, lehnt der Kreistag mit Nachdruck ab. Ebenso wenig darf die sog. „Lock-In bzw. Ratchet-Klausel“, die eine Rekommunalisierung liberalisierter Dienstleistungsbereiche entweder verbietet oder nur noch unter Zahlung von hohen Schadensersatzsummen ermöglicht, Bestandteil der Abkommen werden. Rekommunalisierungen müssen weiterhin uneingeschränkt möglich sein.
5. Der Kreistag fordert die Landes- und Bundesregierung sowie die Abgeordneten der Landtage, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, die Ratifizierung von CETA und jedes weitere Abkommen, das die in diesem Beschluss dargelegten Forderungen nicht erfüllt, abzulehnen.
6. Der Beschluß wird neben den unter Ziffer 5 aufgeführten Institutionen und Personen den kommunalen Spitzenverbänden zur Stellungnahme und mit der Bitte um Beachtung zugeleitet.

**Begründung:**

Nach dem Scheitern globaler Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen:

- Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen der EU und den USA.
- Europäisch-kanadische Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA).
- Multilaterale Trade in Services Agreement (TiSA) zwischen der EU, den USA und der WTO.

Die in geheimen Verhandlungen befindlichen Freihandelsabkommen TTIP und TiSA und das geheim verhandelte und zur Ratifizierung vorliegende Freihandelsabkommen CETA bergen überaus große Risiken für Dienstleistungen der öffentlich-rechtlichen Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Eigenbetriebe erbracht werden. Die Abkommen würden auch den Landkreis Kassel massiv betreffen. Ob Krankenhäuser, Sparkasse, die Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Müllentsorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gas- und Stromversorgung, Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen: Durch CETA, TTIP und TiSA droht auf all diesen Gebieten eine schwerwiegende Einschränkung der demokratischen Handlungsautonomie und Gestaltungsmöglichkeiten sowie eine Absenkung von Standards im Sozialbereich, bei ArbeitnehmerInnenrechten, aber auch beim Gesundheits-, Verbraucher- und Datenschutz sowie bei den Umwelt- und Lebensmittelstandards.

Der bisherige Prozess der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen ist in höchstem Maße intransparent und ignoriert die Rechte der demokratisch gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Landesebene sowie der Kommunen. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkt Zugang zu allen Dokumenten. Obwohl Städte, Landkreise und Gemeinden direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag) bis heute nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies widerspricht allen demokratischen Gepflogenheiten und Regeln. Weitere Begründungen erfolgen mündlich in den Beratungen.

Dr. Christian Knoche  
Kreistagsfraktion

**DIE LINKE.**



TTIP-Faktenblatt 3

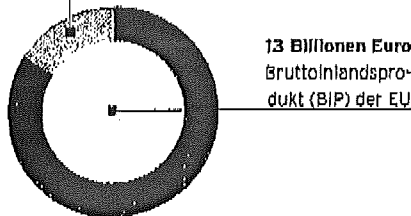
# TTIP: WELCHE GEFAHR DROHT DEN KOMMUNEN?

## Städte und Gemeinden im Fokus von TTIP und CETA

Städte, Landkreise und Gemeinden treffen viele Entscheidungen, die im Alltag eine große Rolle spielen. Sie sind für die flächendeckende Versorgung mit Wasser und Energie, mit Gesundheitsdienstleistungen und Bildungsangeboten verantwortlich. Manche dieser Aufgaben übernehmen sie selbst, andere haben sie an öffentliche Unternehmen wie Stadtwerke oder an Privatunternehmen vergeben.

### Anteil der öffentlichen Beschaffung am Bruttoinlandsprodukt der EU

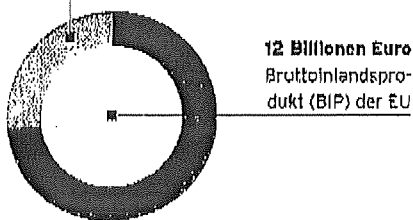
davon 16% (1,9 Billionen Euro)  
öffentliche Beschaffung



Stand: 2010. Quelle: Deutsches Bundesamt für Statistik und <http://ec.europa.eu/trade/policy/accessing-markets/public-procurement>

### Anteil der öffentlichen Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt der EU

davon 26,7% (2,9 Billionen Euro)  
öffentliche Dienstleistungen



Stand: 2010. Quelle: European Centre of Employers and Enterprises providing Public Services (CEER e.V.), „Mapping evolutions in Public Services in Europe“

## Mehr Demokratie ist eine überparteiliche Bürgeraktion.

Wir verstehen uns als Bewegung für die direkte Demokratie. Wir informieren, starten Kampagnen, überzeugen Parlamente, Politikerinnen und Politiker. Darüber hinaus engagieren wir uns für ein demokratischeres Europa, das von den Bürgerinnen und Bürgern und nicht von Eliten getragen wird.

## Warum wir uns gegen TTIP und CETA einsetzen

Die Freihandelsabkommen TTIP (mit den USA) und CETA (mit Kanada) bergen große Gefahren für die Demokratie:

- Investor-Staats-Schiedsverfahren (ISDS) unterwandern den Rechtsstaat und erschweren Gesetzgebung zum Schutz von Umwelt, Gesundheit und Kultur.
- Regulatorische Kooperation, eine Art Frühwarnsystem für Lobbyisten, hebt die Gewaltenteilung und die Entscheidungsfreiheit der Parlamente aus.
- Die kommunale Selbstverwaltung wird eingeschränkt.

Zu jedem dieser Themen hat Mehr Demokratie ein Faltblatt herausgegeben. Sie können sie unter [www.mehr-demokratie.de/stopttip.html](http://www.mehr-demokratie.de/stopttip.html) herunterladen oder direkt bei uns bestellen.

## Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative

Mehr Demokratie hat im Bündnis mit anderen Organisationen eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) gestartet, die fordert, die TTIP-Verhandlungen abzubrechen und CETA nicht zu ratifizieren. Die Unterschriftensammlung läuft noch bis zum 6. Oktober 2015. Wollen Sie mithelfen? Schicken Sie uns eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Vielen Dank!

Mehr Demokratie e.V.  
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80  
[Info@mehr-demokratie.de](mailto:Info@mehr-demokratie.de)  
[mehr-demokratie.de](http://mehr-demokratie.de)

Spendenkonto  
IBAN: DE14 7002 0500 0008 8581 05  
BIC BFSWDE33MUE  
Bank für Sozialwirtschaft München

## TTIP, CETA und die Kommunen

### Was haben CETA und TTIP mit den Kommunen zu tun?

Welche Aufgaben die Kommunen – Städte, Gemeinden und Landkreise – übernehmen und wie sie diese erfüllen, sollte demokratisch entschieden werden. Gemeinwohlaspekte wie kommunale Daseinsvorsorge, Naturschutz oder Arbeitsschutz sollten Vorrang vor Wettbewerbsregeln haben. TTIP und CETA folgen einer anderen Logik. Ungehinderter Marktzugang für Unternehmen aus den Vertragsstaaten und umfassender Schutz ihrer Investoreninteressen: So lauten die Leit motive der Verhandlungen. Diese Leitlinien können die Selbstverwaltung der Kommunen gravierend einschränken. Die folgenden Thesen zeigen, warum wir uns Sorgen machen und wo die Gefahren liegen.

### 1. Konzerne klagen gegen kommunale Interessen

Der Investitionsschutz sichert kanadischen (CETA) oder US-amerikanischen (TTIP) Investoren ein Recht auf „faire und billige Behandlung“ zu. Sieht sich ein Investor in seinen Rechten verletzt, kann er ein privates Schiedsgericht anrufen und von dem Staat, in dem er investiert, Schadensersatz verlangen (siehe Faktenblatt Nr. 1: ISDS).

Das betrifft die Landkreise, Städte und Gemeinden auf zweierlei Weise. Zum einen schrumpfen die Chancen von Bürger/innen und Gemeinden, ihre Interessen auf Landes- oder Bundesebene durchzusetzen. Beispiel Fracking: Der Bund und Niedersachsen haben es erlaubt, erste Probebohrungen sind erfolgt. Weil es Trinkwasserschutzgebiete in mehreren Landkreisen gefährdet, fordern lokale Bürgerinitiativen, das Fracking zu beenden. Sollte der niedersächsische Landtag diesem Anliegen entsprechen, kann das teuer werden. Denn falls dort eine US-amerikanische oder kanadische Firma aktiv ist, könnte diese ein ISDS-Schiedsgericht anrufen und Schadensersatz verlangen.

Zum anderen kann der Investor den Vertragspartnerstaat – zum Beispiel Deutschland – auch dann verklagen, wenn der die fragliche Regulierung gar nicht direkt verantwortet, weil sie auf Landes- oder Kommunalebene beschlossen wurde. Beispielsweise hat Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland vor ein ISDS-Tribunal gezogen, weil Hamburger Behörden das Kohlekraftwerk Moorburg nur mit strengen Auflagen genehmigten.

### 2. Liberalisierung als Einbahnstraße

Um die Märkte möglichst weitgehend zu öffnen und offen zu halten, setzen CETA und TTIP so genannte „Standstill“- und „Ratchet“-Klauseln ein. Standstill-Klauseln schreiben den aktuellen Stand der Marktöffnung als künftiges Mindestmaß fest. Die Ratchet-Klauseln sorgen dafür, dass künftige Liberalisierungen dann als neues Mindestmaß gelten. „Ratchet“ bedeutet „Sperrklinke“: ein Mechanismus, der verhindert, dass sich beispielsweise ein straff gezogenes Seil wieder lockert, wenn man loslässt.

Die EU-Kommission behauptet, die öffentliche Daseinsvorsorge bleibe von den strengen Marktöffnungsregeln der Abkommen verschont. Tatsächlich gibt es Sonderregeln für einzelne Bereiche, in CETA zum Beispiel für die deutsche Abfallwirtschaft. Solche Ausnahmen verstecken sich auf verschiedenen Listen in verschiedenen Anhängen, die für Laien kaum zu durchschauen sind, und sie gelten nur für bestimmte Teile des Abkommens. Ein solches Vorgehen schafft Rechtsunsicherheit für die Kommunen, die sich künftig mit diesem

### TTIP IN DEN GEMEINDERAT BRINGEN!

Bisher sind die kommunalen Spitzenverbände weder an den Verhandlungen beteiligt noch werden sie ausreichend über die verhandelten Maßnahmen informiert. Der Deutsche Städtetag hat daher eine Resolution verabschiedet, in der er mehr Transparenz und Beteiligung fordert.

**Stoßen Sie eine Debatte zu TTIP in Ihrem Gemeinderat an!** Europaweit befalligen sich bereits hunderte Gemeinden. Eine Musterresolution und ein Musteranschreiben an die Gemeindevertreter/innen stehen Ihnen hier zur Verfügung:  
[www.mehr-demokratie.de/ttip\\_in\\_gemeinderat\\_bringen.html](http://www.mehr-demokratie.de/ttip_in_gemeinderat_bringen.html)

Dschungel unterschiedlicher Vorschriften beschäftigen müssen – wofür gerade kleinen Gemeinden Ressourcen und Know-How fehlen.

Außerdem: Was in keiner Liste auftaucht, fällt automatisch voll unter die Marktöffnungsregeln der Abkommen – auch Dienstleistungen, die erst in Zukunft entwickelt oder liberalisiert werden. Dieser sogenannte Negativlisten-Ansatz verpflichtet die Vertragsparteien, alle bereits bestehenden Gesetze oder Verordnungen, die gegen das Abkommen verstoßen und nicht unter den Ausnahmen gelistet sind, aufzuheben. Auf diesem Wege könnte etwa die Privatisierung der Wasserversorgung, um die es in der EU viel Wirbel gab und die die meisten Menschen nicht wollen, mit TTIP durch die Hintertür kommen.

### 3. Vergaberecht ohne Gestaltungsspielräume

Schon heute sind Kommunen in Europa gezwungen, Aufträge ab einem gewissen Volumen europaweit auszuschreiben und das günstigste Angebot anzunehmen. Sie riskieren Schadensersatzklagen, wenn sie dabei Fehler machen – etwa, wenn sie eine Firma wegen besserer Qualität oder höheren sozialen und ökologischen Standards bevorzugen wollen, dies aber nicht in der Ausschreibung stand oder stehen durfte. TTIP und CETA bringen hier zusätzliche Risiken für die Kommunen. Welche Klagemöglichkeiten sich daraus in Zukunft für Firmen aus Kanada und den USA ergeben, ist noch nicht absehbar.

### Kommunale Demokratie in Gefahr

Zentrale Fragen der kommunalen Selbstverwaltung werden der demokratischen Willensbildung auf kommunaler, bundesstaatlicher und EU-Ebene faktisch entzogen. Unsere gewählten Parlamente haben immer weniger Chancen, Entscheidungen zu korrigieren. Investitionsverträge wie TTIP und CETA gelten 20 Jahre und länger. Nachverhandlungen oder ein Ausstieg sind so gut wie unmöglich.

### MEHR INFORMATIONEN UNTER

[www.mehr-demokratie.de/stopttip.html](http://www.mehr-demokratie.de/stopttip.html)

### Kürzgutachten für den Verband kommunaler Unternehmen zur Wasserversorgung (Prof. Dr. Markus Krajewski):

<http://tinyurl.com/VKU-Studie-TTIP>

### Studie „TTIP vor Ort“ (Thomas Fritze):

[www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/TTIP-Studie\\_komplett.pdf](http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/TTIP-Studie_komplett.pdf)

### Kampagne „10.000 Kommunen TTIP-frei“ von attac:

[www.attac.de/kampagnen/treihandelsfalle-ttip/aktionen/ttip-in-kommunen](http://www.attac.de/kampagnen/treihandelsfalle-ttip/aktionen/ttip-in-kommunen)